

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXXVII
Materialienverzeichnis	XCIX

1. Teil: Einleitung	1
----------------------------	----------

Allgemeines zur Entstehungsgeschichte der schweizerischen Strafprozessordnung	1
---	---

I. Einführung	1
II. Chronologie des Gesetzgebungsverfahrens	4
1. Ausgangslage, Entwicklung und Entstehungsgeschichte	5
A) Der Konzeptbericht der Expertenkommission, «Aus 29 mach 1»	6
B) Die Hearings zum Bericht der Expertenkommission «Vereinheitlichung des Strafprozessrechts»	8
a) Leitgedanken und Schwerpunkte zu den kantonal noch nicht oder wenig geläufigen Regelungen	9
b) Die Tendenz zur Nichteinführung eines bargainings	14
2. Der eigentliche Gesetzgebungsprozess	14
A. Der Vorentwurf der eidgenössischen Strafprozessordnung (VE StPO)	14
B) Der Legiferierungsprozess in den Räten	15
a) Das Vernehmlassungsverfahren und der Entwurf des Bundesrates (E StPO)	15
b) Die eidgenössische Strafprozessordnung	18

III.	Gründe für die Vereinheitlichung	20
IV.	Gesetzgeberische Leitidee und Ziele	21
 2. Teil: Die prozessuale Maxime des Beschleunigungsgebotes (Art. 5 StPO)		 25
1. Kapitel:	Rechtsentwicklung	26
I.	Der Trend zu einer effizienten, «ökonomischen» Verfahrenserledigung	26
1.	Ausgangslage	26
2.	Rechtsprechung	28
II.	Die Regelung des Beschleunigungsgebotes	30
1.	Allgemeine Definition des Beschleunigungsgrundsatzes	30
2.	Einzelne Elemente	32
A)	Weiterbestehende bundesrechtliche Grundlage	37
B)	Die Pflicht zur beförderlichen Strafverfolgung aufgrund höherrangigen Rechts	41
3.	Sanktionsmöglichkeiten bei Verletzung des Beschleunigungsgebotes	45
III.	Die Umsetzung von Beschleunigungstendenzen in der eidgenössischen Strafprozessordnung	48
1.	Die Strafprozessuale Verankerung des Beschleunigungsgrundsatzes	48
A)	Allgemeine gesetzliche Fixierung	48
B)	Eine kleine Lageübersicht	49
2.	Das gewählte Staatsanwaltschaftsmodell unter dem Blickwinkel der Beschleunigung	51
2. Kapitel:	Prozessuale Massnahmen zur Beschleunigung oder schnellen Erledigung des Strafverfahrens	55
I.	Allgemeine Verfahrensgestaltungen zu einer prozessualen Beschleunigung bis zum Abschluss des Vorverfahrens	55
1.	Fristen und Weisungen	55
A)	Fristen	55
B)	Weisungen	58
2.	Das Opportunitätsprinzip	60
A)	Die faktische Opportunität der Polizei	60

B)	Die Nichtanhandnahme durch die Staatsanwaltschaft	62
C)	Das Opportunitätsprinzip im Vorverfahren	63
D)	Fazit	65
3.	Die Einstellung des Strafverfahrens mangels hinreichenden Tatverdachts	67
4.	Das Strafbefehlsverfahren	69
A)	Allgemeines	72
B)	Anklagegrundsatz und Strafbefehl	74
C)	Voraussetzungen zum Erlass eines Strafbefehls	75
D)	Inhalt und Eröffnung	78
E)	Einsprache und Einspracheverfahren	79
F)	Konsensuale Elemente	81
G)	Vor- und Nachteile	83
H)	Fazit	87
II.	Spezielle Verfahrensgestaltungen zu einer prozessualen Beschleunigung	89
1.	Das Übertretungsstrafverfahren	89
2.	Das verwaltungsstrafrechtliche abgekürzte Verfahren	91
3.	Die Bonusregelung im schweizerischen Kartellrecht	92
4.	Die Möglichkeit der zivilrechtlichen Adhäsionsklage	94
5.	Der Strafantrag	98
6.	Das aufgehobene Privatstrafklageverfahren	100
7.	Die nicht verwirklichte strafprozessuale Mediation	103
8.	Der strafrechtliche Vergleich	106
III.	Verfahrensgestaltungen prozessualer Beschleunigung nach Abschluss des Vorverfahrens	109
1.	Möglichkeit eines Rückzugs der Einsprache nach angefochtenem Strafbefehl	109
2.	Die Einstellung des Verfahrens durch das Gericht?	109
A)	Gründe	109
a)	Die Einstellung infolge einer Desinteresse-Erklärung	113
b)	Fehlendes öffentliches Interesse an der Verfolgung	116
B)	Die Besonderheit einer Verfahrenseinstellung nach erfolgter Wiedergutmachung	117
a)	Allgemeines	117
b)	Exkurs	125
c)	Die Regelung der Kostenbeteiligung	127
3.	Die Friedensbürgschaft	127

4. Das Umgangnehmen von Strafe	129
5. Formelle Anforderungen an die Rechtsschriften bei Urteilsanfechtung	133
3. Kapitel: Weitere, das Beschleunigungsgebot begleitende wichtige Grundsätze des Verfahrens	135
I. Das Legalitätsprinzip	135
1. Allgemeines	135
2. Der Verfolgungsgrundsatz	137
II. Das Prinzip der Gewaltenteilung	140
1. Die Institutionelle Gewaltenteilung	140
A) Gesetzgeberische Diskussionsgrundlage	141
B) Die richterliche Unabhängigkeit	142
a) Organisationsgarantie	143
b) Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Erfordernis der gesetzlichen Grundlage	144
2. Personelle Gewaltenteilung	145
III. Das Rechtsgleichheitsgebot	146
IV. Der Anspruch auf rechtliches Gehör	149
1. Allgemeines	149
2. Das Beweisantragsrecht	151
V. Der Untersuchungsgrundsatz	153
VI. Der Anklagegrundsatz	157
VII. Der Grundsatz der Selbstbelastungsfreiheit	159
1. Allgemeines	159
2. Die Orientierungspflicht	161
VIII. Die Unschuldsvermutung	161
IX. Das Prinzip der Waffengleichheit	165
X. Die Garantie des verfassungsmässigen Richters	167
XI. Das Fairnessgebot im Strafverfahren	168
XII. Das Unmittelbarkeitsprinzip	172
1. Allgemeines	172
2. Antizipierte Beweiswürdigung	177
XIII. Das Öffentlichkeitsprinzip	179
4. Kapitel: Das Konsensprinzip	182

5. Kapitel:	Andere Einflüsse des Beschleunigungsgebotes auf das Strafverfahren	188
I.	Der Einfluss auf die Ausdehnung der Parteirechte	188
II.	Der Einfluss auf die Strafzumessung	189
1.	Allgemeine Ausführungen zur Strafzumessung	191
2.	Strafmilderung, Strafbemessung und Begründung	203
A)	Strafmilderung infolge tätiger Reue	206
B)	Strafminderung aufgrund des Nachtatverhaltens	207
C)	Strafmilderungsgrund der verhältnismässig langen Zeitdauer seit der Tat	208
3.	Mögliche Kritikpunkte	209
6. Kapitel:	Fazit und Erkenntnisse der bisherigen Überlegungen	214
3. Teil:	Das abgekürzte Verfahren	226
1. Kapitel:	Allgemeines und Terminologie	226
I.	Einleitung	226
II.	Zweck	228
III.	Frühere kantonale Erfahrungen mit dem Institut des abgekürzten Verfahrens	230
IV.	Terminologie	230
1.	Das abgekürzte Verfahren	231
2.	Die Verständigung	234
3.	Die Absprache	236
4.	Der Deal	238
5.	Das <i>gentlemen's agreement</i>	240
6.	Die Kooperation	242
7.	Das Vorgespräch und der Konsens	243
8.	Das <i>plea bargaining</i>	244
9.	Die Vereinbarung	246
10.	Der strafprozessuale Vergleich	248
2. Kapitel:	Voraussetzungen und Begrenzung des abgekürzten Verfahrens	254
I.	Zulassungsvoraussetzungen	254
1.	Das Eingeständnis	254

A)	Das Eingeständnis als wichtigste Voraussetzung des abgekürzten Verfahrens	254
B)	Präzisierung und Bestimmtheit	259
C)	Risiken des eingestandenen Sachverhaltes	263
a)	Taktisches Vorgehen des Beschuldigten	265
b)	Notwendige Prüfung der Glaubhaftigkeit und Frage der Wahrheitserforschung	273
D)	Vorteile eines eingestandenen Sachverhaltes	278
2.	Die Voraussetzung des Antrages als Einwilligungserklärung (in das abgekürzte Verfahren)?	284
A)	Einwilligungsfähigkeit	284
B)	Vorliegen einer wirksamen Einwilligungserklärung	286
C)	Handeln der Staatsanwaltschaft in Kenntnis und aufgrund der Einwilligung	292
3.	Die Aufklärungshilfe	294
4.	Die Anerkennung der Zivilansprüche	297
5.	Notwendige und amtliche Verteidigung	298
6.	Der Verzicht auf Verfahrensrechte	305
A)	Der Rechtsmittelverzicht	305
B)	Der Verzicht auf weitere Verfahrensrechte	311
II.	Begrenzung des abgekürzten Verfahrens	318
1.	Allgemeines zur Begrenzung	318
2.	Probleme der Begrenzungsregelung	318
3.	Statistische Hinweise	321
3. Kapitel:	Die prozessualen <i>Verfahrensstadien</i> des abgekürzten Verfahrens	322
I.	Zeitpunktangaben	322
II.	Die Unterteilung der Verfahrensstadien	323
1.	Einleitungsstadium)	323
2.	Durchführungsstadium)	326
A)	Entscheidung durch die Staatsanwaltschaft	326
B)	Mitteilung an die Parteien	331
C)	Ausarbeitung eines Vorschlags (mit Bindungswirkung)	334
a)	Die besondere Anklageschrift	335
aa)	Der Inhalt der besonderen Anklageschrift	335
ab)	Die Zustimmungserklärung der Parteien	340
aba)	<i>Zustimmungserfordernis der beschuldigten Person</i>	343

<i>abb) Zustimmungserfordernis der Privatklägerschaft</i>	346
<i>abc) Ablehnung der besonderen Anklageschrift durch die Parteien</i>	348
3. Bestätigung(ssstadium)	353
A) Die Hauptverhandlung	354
a) Befragung der beschuldigten Person sowie der übrigen Parteien	361
b) Abwesenheitsverfahren	364
c) Persönliche Anwesenheit und Dispensation	367
d) Plädoyers	370
B) Kontrollumfang und Reichweite der Prüfungsbefugnis	372
C) Bestätigung der besonderen Anklageschrift durch das Gericht	378
D) Ablehnung der besonderen Anklageschrift durch das Gericht	381
a) Bei Unrechtmässigkeit oder Unangebrachtheit der Verfahrensdurchführung oder auch Zweifeln am eingestandenem Sachverhalt	381
b) Bei Unangemessenheit der Sanktion	386
c) Eröffnung und Anfechtbarkeit	390
E) Spezialfälle und Komplikationen vor Gericht	391
a) Abänderung durch das Gericht	391
b) Die Aussageverweigerung sowie der Widerruf der Zustimmung durch den Beschuldigten in der gerichtlichen Hauptverhandlung	393
4. Kapitel: Die Absprache	396
I. Der Absprachevorgang und Verständigungsprozess zur <i>Erzielung einer strafprozessualen Vereinbarung</i>	396
1. Anbahnung und Antrag(sphase)	397
2. Einigung(sphase)	408
A) Gesetzliche Grundlage	411
B) Gesprächsstruktur und Inhalt	412
C) Motive einer Absprache	422
D) Zeitpunkt einer Absprache	425
a) Vorverfahren	426
b) Hauptverfahren und Rechtsmittelverfahren	429

3. Mitteilung(sphase)	430
4. Erledigung(sphase)	432
II. Die Absprachebeteiligten i.e.S. und die Beteiligungsverhältnisse des Absprachevorgangs	434
1. Die Staatsanwaltschaft	438
2. Die Verteidigung	442
3. Die beschuldigte Person	447
4. Das Gericht	451
III. Die Rolle und Beteiligung der Privatklägerschaft	454
1. Die Rolle und Stellung eines Privatklägers	455
2. Das Opferverhalten	458
IV. Bisherige Praxis der Kantone	467
5. Kapitel: Zulässigkeit und Umfang einer Absprache	478
I. Zulässigkeit der Gewährung eines Strafrabattes	482
II. Bedingte Strafe, bedingte Entlassung	488
III. Verhandlung über den Massnahmenvollzug	492
IV. Weitere in Betracht kommende Rechtsfolgen	494
6. Kapitel: Rechtsfolge des abgekürzten Verfahrens	502
I. Wirkung und Rechtsfolge auf den Strafregistereintrag	502
II. Wirkung in Zivil- und Verwaltungsverfahren	503
III. Folgen des Scheiterns der Abspracheverhandlungen oder des abgekürzten Verfahrens	505
IV. Rechtskraft	514
1. Endgültigkeit und Vollstreckbarkeit des Urteils	514
2. Ausserordentliche Rechtsmittel	527
3. Das Verbot der Doppelbestrafung	534
7. Kapitel: Rechtliche Eingrenzung zur Qualifikation der getroffenen Vereinbarung	541
I. Die rechtliche Regelung geltend gemachter Zivilansprüche	544
II. Die Regelung von verfahrensbeendenden Urteilsabsprachen	546
1. Einfügung der Prozesshandlungen in einen rechtlichen Kontext	548
A) Erläuterung	549
B) Eingrenzung	551

2. Eingrenzung zur Rechtsnatur und Verbindlichkeit der Urteilsabsprache	554
A) Unverbindliche Prognose?	554
B) Labile oder stabile Absichtserklärung?	556
C) Quasivertragliches Konstrukt mit faktischer Bindungswirkung?	557
D) Qualifikation als verwaltungsrechtlicher Vertrag?	560
E) Problem der gesetzlichen Regelung	564
F) Weitere Abgrenzung und Unterschiede zum privatrechtlichen Vertrag	570
G) Schlussfolgerungen	575
3. Bindung der Parteien an ihre Prozesserkklärungen und Zusicherungen	578
A) Allgemeines zur Bindungswirkung	578
B) Vertrauensschutz (oder culpa in contrahendo)?	582
C) Vertragliche Sicherungsmöglichkeiten der abgesprochenen Zusicherungen?	593
4. Schlussfolgerungen – Die strafrechtliche Sphärentheorie als Lösungsansatz	595
5. Transformationsfunktion des Urteils	611
A) Wirkung	612
B) Verbindlichkeit	615
8. Kapitel: Strafbare Handlungen während des Verständigungsvorganges	617
I. Mögliche Strafbarkeit der Strafverfolgungsbehörde	618
1. Drohung, Art. 180 StGB	620
2. Nötigung, Art. 181 StGB	621
3. Weitere materiellstrafrechtlich relevante Einwirkungshandlungen	623
II. Mögliche Strafbarkeit der beschuldigten Person	627
III. Widerrechtliche Handlungen der Verteidigung	631
1. Verletzung des Berufsgeheimnisses, Art. 321 StGB	633
2. Zivilrechtliche Haftung der Verteidigung	635
IV. Strafbarkeit der Privatklägerschaft	636
V. Staatshaftung und Entschädigungsverfahren	636
VI. Schlusshinweis	638

9. Kapitel: Rechtsvergleichende Betrachtung	640
I. Übersicht	640
II. Unterschiede zu den Ländern mit vergleichbaren Systemen von Konsensmodellen	643
1. Deutschland	643
2. Italien	647
3. Spanien	651
4. Frankreich	652
5. England und Wales	653
6. Amerika	655
 4. Teil: Schwierigkeiten des abgekürzten Verfahrens	 669
1. Kapitel: Übersicht der Schwierigkeiten	670
I. Aufstellung	670
II. Problem der Unvoreingenommenheit	692
III. Die Protokollierungspflicht während des Verständigungsvorganges	695
IV. Die Zustimmung der Privatklägerschaft zur Vereinbarung	700
V. Nichtöffentlichkeit und <i>fehlende</i> Unmittelbarkeit der <i>Beweisverhandlung</i>	702
VI. Der Anspruch auf ein faires (Straf-)Verfahren	705
1. Allgemeines	705
2. Öffentlichkeit und Presse	707
A) Meldungen aus Zeitschriften und Zeitungen	707
a) Hinweise auf das Empfinden zur Rechtsgleichheit aus der medialen Berichterstattung	708
b) Folgewirkung auf das allgemeine Rechtsempfinden	710
B) Der allgemeine Sprachgebrauch als Hinweis	711
VII. Weitere Schwierigkeiten, Streitfragen und Knacknüsse	712
Gefahr der Umgehung von Beweiserhebungs- oder Beweisverwertungsverbieten	712
A) Allgemeines	712
B) Gefahr	718

2. Kapitel: Zulässigkeit eines abgekürzten Verfahrens	720
I. Der Verzicht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren	720
II. Der Verzicht auf andere (Verteidigungs-) Rechte	723
III. Frage der Verletzung der Rechtsgleichheit	732
 5. Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse, Schlussthesen und Ausblicke	 737
1. Kapitel: Zusammenfassung und Zusammenstellung	738
2. Kapitel: Schlussthesen	743
3. Kapitel: Ausblicke	749
 Anhang: Fragebogen an die Kantone BL, ZG und TI	 755
 Stichwortverzeichnis (Sachverzeichnis)	 773